das zur Realisierung der Maßnahmen des Grünbuchs günstigste Legislativverfahren vor: qualifizierte Mehrheit im Rat bei bloßer Anhörung des Parlaments. Aber auch in Art 308 wäre eine mit Art 83 Abs 1 gemeinsam bzw ggf auch alleine tragfähige Norm zu erblicken. Im Ergebnis kann daher mE kein Zweifel daran bestehen, dass der Gemeinschaft iSd Art 5 UA 1 eine (konkurrierende) Kompetenz zur Harmonisierung materieller und formeller Normen der Zivilrechtsdurchsetzung des Wettbewerbsrechts vor nationalen Gerichten übertragen wurde.

Schwerer wiegt die Kritik am Grünbuch hinsichtlich der Frage, ob die Gemeinschaft die ihr übertragene Kompetenz vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips auch ausüben darf; dazu muss der Gemeinschaftsgesetzgeber einen erkennbaren Wirksamkeitserfolg der Vereinheitlichung der betreffenden materiellen und formellen Normen auf Gemeinschaftsebene gegenüber dem status quo darlegen. So erfüllt zB gerade die österr Rechtsordnung die derzeitigen gemeinschaftsrechtlichen Anforderungen zur Erlangung von Schadenersatz für Verstöße des EG-Wettbewerbsrechts durchaus zufriedenstellend. Bei einer Vereinheitlichung nicht verbundener, vertikaler Systeme, wie sie hier vorliegt, ergibt sich der Wirkungserfolg daher nicht schon aus der Beseitigung der divergierenden Normen selbst; vielmehr trifft den Gemeinschaftsgesetzgeber eine Pflicht zur Analyse jeder einzelnen Bestimmung des Rechtsakts gegenüber der entsprechenden bestehenden Norm in jedem der fünfundzwanzig Mitgliedstaaten. Eine Durchschnittsbetrachtung ist hier mE nicht zulässig. Zu realisieren ist ein Rechtsakt vor diesem Hintergrund wohl vor allen, wenn weitestgehend der Weg der Mindestharmonisierung gewählt wird, bestehende wirksamere oder zumindest gleich wirksame Normen in den Mitgliedstaaten also unangetastet bleiben, das Niveau des private enforcement im Übrigen aber gemeinschaftsweit auf ein Minimum angehoben wird. Da-

her dürfte das Subsidiaritätsprinzip (und in ähnlicher Weise auch das Verhältnismäßigkeitsprinzip) im Ergebnis eine Umsetzung des Grünbuchs im Weg einer RL und einer Kombination von Voll- und Teilharmonisierung gebieten. Sollte es tatsächlich zur Umsetzung kommen, dürften dem österr Schadenersatzsystem mE aber ohnedies keine grundlegenden Veränderungen ins Haus stehen: Die vorgeschlagenen Maßnahmen können zT an vergleichbaren Bestimmungen des geltenden Rechts anknüpfen, lassen aber auch im Übrigen keine Wertungswidersprüche oder Brüche gegenüber den Grundgedanken des österr Schadenersatzsystems befürchten.

Insgesamt betrachtet sind die Chancen einer legislativen Umsetzung des Grünbuchs Schadenersatz durchaus gut. Bis dahin wird aber in jedem Fall noch einige Zeit vergehen. Sobald der Konsultationsprozess abgeschlossen ist (dh auch alle Stellungnahmen der Gemeinschaftsorgane, insb des Parlaments, vorliegen), wird die Kommission über die nächsten Schritte entscheiden. Hält die Kommission die Ausformulierung einer breit angelegten Umsetzungsstrategie im Bereich private enforcement für notwendig, so könnte auf das Grünbuch im Lauf dieses oder des nächsten Jahres ein Weißbuch folgen, das die verschiedenen Aspekte dieser Strategie festlegt. Wahrscheinlicher ist aber, dass statt einer solchen breiten Strategie (dh statt eines Weißbuchs) aufgrund der Ergebnisse der Diskussion des Grünbuchs nur eine oder wenige Maßnahmen zur Stärkung des private enforcement gesetzt werden, zB ein RL-Vorschlag ausgearbeitet oder etwa nur eine Empfehlung herausgegeben wird. Der weitere Weg ist, wie Kommissarin Kroes erst im Juni neuerlich betonte, gegenwärtig noch völlig offen: „The Green Paper has certainly struck a chord – we’ve received over 140 submissions so far, and we are starting to analyse them carefully. [...] And we will of course await Parliament’s views later this year, before deciding on the way forward, whatever that may be. At this stage, I have a completely open mind on whether there should be any action at EU level and, if so, what it should be.“¹⁸⁶⁾

¹⁸⁶⁾ Eröffnungsrede von Kommissarin Kroes vom 6.6.2006 zum European Parliament workshop on damages actions for breach of the EC antitrust rules, 6, abrufbar unter http://ec.europa.eu/comm/competition/antitrust/others/actions_for_damages/speech_06062006.pdf.

Korrespondenz: Dr. Thomas Jaeger, LL.M., Fachbereich Arbeits-, Wirtschafts- und Europarecht, Universität Salzburg, Churfürstraße 1, A-5020 Salzburg; e-mail: thomas.jaeger@sbg.ac.at.

Erratum

DOI 10.1007/s00503-007-1227-0

Durch ein Versehen im Bereich der Druckerei ist der 3. Leitsatz der E 8 Ob 78/06p, JB 2007, 324 sinnstörend verändert worden. Er lautet richtig:

„Bei einer vorschnellen Anrufung des Gerichts liegt weder eine Unzulässigkeit des Rechtsweges noch sachliche Unzuständigkeit des angerufenen Gerichtes, sondern ein Grund für die Abweisung des Klagebegehrens vor.“

Wir bitten um Nachsicht und Korrektur. Red.